

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Elektronische Visa und Visa-on-Arrival

Mitte März begann Pakistan mit der Einführung eines e-Visa-Systems namens ETA (*Electronic Travel Authorization*) für Tourist(inn)en mit einem Aufenthalt von bis zu 30 Tagen. In der Anlaufphase wird diese elektronische Visumsbeantragung deutschen Staatsangehörigen nur eingeschränkt zur Verfügung stehen: Für Geschäftsleute mit offiziellen Empfehlungsschreiben und für Tourist(inn)en, die eine Reise über ausgewählte pakistanische Reiseveranstalter gebucht haben. Es ist allerdings geplant, *Visa-on-Arrival* für Tourist(inn)en und Geschäftsleute für Aufenthalte bis zu 30 Tagen einzuführen. Dies würde auch für deutsche Staatsangehörige gelten. Das Auswärtige Amt empfiehlt jedoch, Visa weiterhin vor Reiseantritt einzuholen.

Fake News beim Militär

Anfang April löschten Facebook und Instagram 712 Profile und 390 Seiten aus Pakistan und Indien wegen Verstößen gegen Standards bezüglich Spam und wegen der koordinierten Verbreitung von Falschnachrichten. In Indien wurden diese Seiten vor allem auf Mitarbeiter des Indischen Nationalkongresses zurückgeführt. Die Fake-Konten aus Pakistan wurden von Mitarbeitern des ISPR (*Inter-Services Public Relations*), dem Medienstab des pakistanischen Militärs, erstellt. Insgesamt folgten 2,8 Millionen Menschen den pakistanischen Fake-Kanälen. Darunter befanden sich Nachrichtenportale wie *Kashmir News* oder *Kashmir for Kashmiris*.

Jüngst protestierte der ISPR scharf gegen BBC-Journalisten nach dem Artikel „*Uncovering Pakistan's secret human rights abuses*“ vom 2. Juni, den Pakistans Militär „erstunken und erlogen“ nennt.

Terrorwelle in Belutschistan

Am 12. April starben mindestens 20 Menschen auf einem Lebensmittelmarkt in Quetta durch eine in einem Kartoffelsack versteckte Bombe. 48 weitere Menschen wurden verletzt. Die *Lashkar-e Jhangvi* bekannte sich zu dem Anschlag, der Angehörigen der schiitischen Hazara galt. Am 19. April erschoss eine Separatistengruppe 14 Busreisende auf dem Weg nach Gwadar. Elf der Getöteten waren Militärangehörige, alle waren nicht aus Belutschistan. Am 9. Mai starben drei Menschen bei einer Bombenexplosion in

Qilla Abdullah, am 10. Mai fünf Menschen bei einer Explosion in Khost. Am 11. Mai erstürmte die Befreiungsarmee Belutschistans das 5-Sterne *Pearl Continental Hotel* in Gwadar und tötete fünf Menschen. Am 14. Mai wurden mindestens vier Polizisten durch eine Bombe vor einer Moschee getötet.

Taliban attackieren Sufi-Schrein

Am 8. Mai verübte eine Gruppe der pakistanischen Taliban einen Selbstmordanschlag vor dem Data Darbar-Schrein in der ostpakistanischen Metropole Lahore, bei dem mindestens zehn Menschen getötet und Dutzende verletzt wurden. Sechs der Getöteten waren Polizisten. Der Schrein aus dem 11. Jahrhundert ist einer der größten Südasiens.

Khan gegen „Islamophobie“

Premierminister Imran Khan hielt am 1. Juni seine erste Rede vor der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Saudi Arabien. Als Schwerpunktthema wählte Khan „westliche Islamophobie“, gegen die islamische Länder entschiedener vorgehen müssten. Der OIC müsse den Führern westlicher Länder die Liebe der Muslime zu Muhammad verständlich werden lassen, damit Beleidigungen des Propheten in westlichen Gesellschaften zukünftig vermieden würden. Die internationale Gemeinschaft müsse die Gefühle der Muslime respektieren. Weitere Themen des Gipfels waren ein konzertiertes Vorgehen gegen Iran, die Zweistaatenlösung für Palästina, das Leid der Rohingya und das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmiris.

HIV-Epidemie in Sindh

Ein Kinderarzt in Ratodero im Distrikt Larkana hat durch Mehrfachbenutzung von Spritzen Hunderte Kinder mit dem HI-Virus infiziert. Weitere Infektionen entstanden durch ungeprüfte Bluttransfusionen. Seit dem 25. April wurden 681 Personen des Ortes HIV positiv getestet. Man schätzt, dass in Pakistan insgesamt 163.000 Menschen HIV positiv sind, allerdings nur 25.000 registriert, die einen kostenfreien Zugang zur antiretroviralen Therapie (ART) erhalten. Mit ART-Medikamenten sinkt die Viruslast unter die Nachweisgrenze, sodass auch eine Weitergabe des Virus ausgeschlossen ist.

„Entführte“ Berlinerin in Lahore gefunden

Mitte Mai ist eine 19-jährige Berlinerin pakistanischer Abstammung in Islamabad verschwunden. Ihre Verwandten, bei der sie seit drei Jahren lebte, meldeten sie als entführt. Offenbar floh sie mit einem jungen Mann nach Lahore, um einer Zwangsverheiratung mit einem Cousin zu entgehen. Sie wurde mit ihrem Begleiter von der Polizei festgenommen. Die Eltern der 19-Jährigen leben in Berlin.

Chinesische Brauthändler verhaftet

Bei einer Razzia Mitte Mai wurden zwei Dutzend chinesische und pakistanische Staatsangehörige verhaftet, denen Menschenhandel mit pakistanischen Bräuten nach China vorgeworfen wird. Unter den Verhafteten ist mindestens ein katholischer Pfarrer. Chinesische Männer sollen Preise zwischen 10.000 und 20.000 Euro für eine pakistanische Braut bezahlen. Überwiegend seien Christinnen betroffen. Hilfsorganisationen schätzen, dass jährlich etwa 700 Frauen in Pakistan Opfer von kriminellen chinesischen Heiratsvermittlern werden. Manche werden in China zur Prostitution gezwungen, auch der Vorwurf von Organhandel steht im Raum. Die chinesische Botschaft rief chinesische und pakistanische Staatsbürger auf, sich nicht betrügen zu lassen.

China-Kredit zur Stabilisierung der Rupie

Pakistans Zentralbank erhält Ende März eine Renminbi-Einzahlung von umgerechnet etwa zwei Milliarden Euro als Leihgabe von China. Diese dient der Stabilisierung der Auslandsreserven und der pakistanischen Rupie. Innerhalb der letzten zwölf Monate verteuerte sich ein US-Dollar von 115 auf 152 Rupien. Der Wechselkurs eines Euro stieg innerhalb des letzten Jahres von 135 auf 170 Rupien.

IWF-Kredit

Der Internationale Währungsfond sagte Mitte Mai einen weiteren Hilfskredit in Höhe von sechs Milliarden US-Dollar mit einer Laufzeit von 39 Monaten an Pakistan zu. Es ist der dreizehnte IWF-Kredit für Pakistan seit 1988. Der IWF mahnt zu strukturellen Reformen, Pakistan werde von vier Gruppen ausgebeutet: Militär, Bürokraten, Großgrundbesitzer und Industrielle. Die Landeswährung sei überbewertet, Inflation und Zinsen steigen, das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich, und die Steuerquote sei viel zu gering. Die Vorgaben für vergangene IWF-Kredite setzte Pakistan zum Teil nicht um. Von den jetzigen Vorgaben ist bekannt, dass Pakistan zwei staatliche Kraftwerke privatisieren und 600 Milliarden Rupien (3,4

Milliarden Euro) zusätzliche Steuereinnahmen generieren soll. Das Geld darf nicht für die Tilgung chinesischer Kredite benutzt werden. Pakistanische Ökonomen sprechen von einer Verschnaufpause und hoffen auf weitere Kredite der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank. Kritiker befürchten, der IWF-Kredit könne Pakistan in eine chinesische Schuldenfalle treiben, da bislang unklar ist, wie das Land diese Kredite zurückzahlen will. Die Auslandsschulden Islamabads betragen knapp 100 Milliarden US-Dollar, das aktuelle Finanzdefizit wird auf 18 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Trump droht mit strikterer US-Visa-Regelung

Nach Islamabads Weigerung, abgeschobene pakistanische Staatsangehörige und Pakistaner mit abgelaufenen US-Visa zurückzunehmen, kündigte Präsident Donald Trump Ende April eine striktere US-amerikanische Visa-Regelung für Pakistaner an, beginnend mit pakistanischen Bürokraten. Dieses Jahr wurde Ghana als einziges weiteres Land von den USA mit diesen Sanktionen belegt.

Azhar UNSC-Terrorist

Am 1. Mai endete ein monatelanges Ringen um den Vorstoß im UN-Sicherheitsrat, Jaish-e Muhammad, Gründer und Anführer der Masood Azhar, als globalen Terroristen einzustufen. China gab seine Bedenken auf und stimmte der Listung zu. Neu Delhi begrüßte die Entscheidung, Indien hatte bereits 2008 einen entsprechenden Antrag gestellt. Premierminister Khan hatte am 9. April in einem Interview mit der *New York Times* betont, dass militante Bewegungen keine staatliche Unterstützung mehr in Pakistan bekämen.

Botschafter Kobler geht

Der seit 2017 in Pakistan populäre deutsche Botschafter Martin Kobler von der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ kehrt im April Islamabad den Rücken. Dr. Jens Jokisch übernimmt kommissarisch die Vertretung. Der aus Pakistan stammende Journalist Husain Haqqani rechnet in einem in Indien publizierten Feuilletonbeitrag kritisch mit Kobler ab. Lob für pakistanisches Essen, aber Schweigen zu Terror helfe der deutschen Gesandtschaft nicht. Kobler habe mit seinen touristischen Landschaftsbildern und kulinarischen Twitterbeiträgen zwar die Herzen der Pakistaner erobert, aber europäische Interessen vernachlässigt. So habe Kobler dysfunktionale Dynamiken der pakistanischen Regierung unterstützt, schreibt Haqqani, der sich vom nächsten Botschafter Deutschlands ein stärkeres Engagement für Minderheiten, Menschenrechte und Demokratie wünscht.